

Beschluss des Landesparteitags am 10.12.23

Wir verteidigen das Recht auf Asyl!

Über 100 Millionen Menschen sind weltweit dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Flucht- und Migrationsbewegungen spüren wir auch in Nordrhein-Westfalen. Politische Verfolgung, militärische Gewalt, Umweltkatastrophen, Klimawandelfolgen und ökonomische Not veranlassen eine stetig wachsende Zahl von Menschen unter oft lebensgefährlichen Umständen Sicherheit und bessere Lebensbedingungen zu suchen.

Entgegen der oft von Rechts verbreiteten Behauptung, dass alle Menschen nach Deutschland fliehen würden, tragen die Hauptlast für die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die vor Gewalt oder Armut die Flucht ergreifen, zumeist die Staaten, die unmittelbar an die Krisengebiete angrenzen. Und doch erleben wir seit Jahren eine besorgniserregende Verschärfung der politischen Debatte in Bezug auf Migration und Asyl. Insbesondere auf Bundesebene wird diese Debatte von rechten Kräften und rassistischen Strömungen befeuert, die nicht nur die Grundprinzipien unseres Grundgesetzes, sondern auch die Werte einer offenen, demokratischen und humanitären Gesellschaft infrage stellen. Aber auch die bürgerlichen Parteien von CDU bis Grüne treiben dieses perfide Spiel auf dem Rücken Geflüchteter mit. Sie erhoffen sich dadurch, der erstarkenden AfD Stimmen abzujagen. Dieses Klima der Angst und Ablehnung hat schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben von Geflüchteten und Migrant:innen in unserem Land, die sozialen Kosten dieses Klimas und seinen Folgen tragen wir alle.

DIE LINKE. NRW bekräftigt ihr uneingeschränktes Bekenntnis zum Recht auf Asyl und setzt sich für die Unteilbarkeit von Menschenrechten ein. Wir widersprechen der Politik von Bund und Land, die dazu beiträgt, Asylsuchende und Migrant:innen zu Sündenböcken für gesellschaftliche Probleme zu machen. Das Ablenken von den eigentlichen Ursachen von Ungleichheit, sozialen Missständen und ökonomischer Unsicherheit durch das Schüren von Ressentiments gegenüber Menschen, die Schutz und Solidarität suchen, ist inakzeptabel. Fest steht: Gäbe es weniger Geflüchtete, würde nirgendwo in Deutschland die Miete sinken, hätte kein:e Arbeitnehmer:in mehr Lohn auf dem Konto und keine Kommune mehr Geld in der Kasse. Wer die Probleme unserer Zeit lösen will, muss sich mit den Herrschenden anlegen und darf nicht gegen die Schwächsten der Gesellschaft schießen. Es kann nicht zweierlei Maß für die Menschenwürde geben – die Menschenwürde, Artikel 1 des Grundgesetzes gilt für alle Menschen.

Die Partei DIE LINKE. NRW fordert:

1. Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit das Sterben im Mittelmeer aufhört. Das Recht auf Asyl stellen wir wieder her und setzen die Genfer Flüchtlingskonvention durch.
2. Projekte und Initiativen zu fördern die sich gegen Rassismus und für eine solidarische und demokratische Gesellschaft einsetzen.
3. Die Stärkung der Rechte von Asylsuchenden und Migrant:innen, einschließlich des Zugangs zu Bildung, Gesundheitsversorgung sowie die Abschaffung von Arbeitsverboten. Jegliche Art von Zwangsarbeit für Geflüchtete lehnen wir ab!
4. Wir fordern das gleiche Recht auf Sozialleistungen für alle in Deutschland lebenden Menschen, ohne diskriminierende Unterschiede! Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem einbezogen werden.
5. Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahren in Deutschland leben.

6. Soziale Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Mit einer sozialen Offensive für alle, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Wir brauchen gut ausgestattete Kommunen. Konzerne und Superreiche müssen wieder ausreichend Steuern zahlen.

7. Wir lehnen die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ insbesondere der aktuellen Debatte auf Bundesebene ab. Ebenso soll mithilfe von Abschiebestopps verhindert werden, dass Menschen in Länder abgeschoben werden in denen kriegerische und gewalttätige Auseinandersetzungen anhalten oder Verfolgung droht.

Wir werden uns weiterhin für die Verteidigung des Rechts auf Asyl einsetzen und jeglichen Versuchen entgegenzutreten, dieses Recht zu untergraben. Der Landesparteitag ruft die kommunalen Fraktionen und Mandatsträger:innen dazu auf, die Arbeit und Entscheidungspraxis der örtlichen Ausländer:innenbehörden kritisch zu hinterfragen und auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken. Wir tauschen uns mit örtlichen Willkommensstrukturen aus und unterstützen die Arbeit der Flüchtlingsräte sowie der Seebrücke.

DIE LINKE. NRW steht für eine inklusive und solidarische Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung angesehen wird und in der niemand aufgrund seiner Herkunft oder seiner Fluchterfahrung diskriminiert wird.